

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

124      24      **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

**Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen**

125      24      Beschluss: 24 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

**Anpassung der Entschädigung für ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder;**  
**Erlass einer Änderungssatzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts**

Mit Schreiben vom 09.10.2014 ist ein gemeinsamer Antrag der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen auf Erhöhung der Sitzungsentschädigungen ab dem 01.01.2015 eingereicht worden. Das Antragsschreiben ist den Mitgliedern des Gemeinderats vorab zugestellt worden.

Im Einzelnen wird beantragt, die Aufwandsentschädigung für Sitzungen des Wohnungs- und Sozialausschusses, des Jugend- und Kulturausschusses sowie des Umwelt- und Energieausschusses von derzeit 50,00 € pro Sitzung auf 70,00 € pro Sitzung zu erhöhen.

Des Weiteren wird beantragt, den Gemeinderatsmitgliedern künftig eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,00 € zu gewähren, die gemeinsam mit den Sitzungsgeldern ausbezahlt wird. Als Begründung wird angeführt, dass die letzte Anpassung der Sitzungsgelder im Mai 2008 erfolgt sei. Auf Grund der Vielzahl der Termine, welche stetig angestiegen seien und auch außerhalb der „Sitzungsaktivitäten“ wahrgenommen würden, werde eine Anpassung als gegeben erachtet.

Im Finanzausschuss wurde der Antrag vorgestellt und vorbereitend beraten.

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Entschädigung für die Tätigkeit als ehrenamtliches Gemeinderatsmitglied ist in der „Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts“ geregelt. Für eine Anpassung der Entschädigung ist somit eine Änderung dieser Satzung erforderlich. Den Mitgliedern des Gemeinderats ist ein entsprechender Entwurf einer Änderungssatzung vorab zugestellt worden.

126      24      Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat befürwortet den Antrag aller Fraktionen des Gemeinderates und stimmt einer Erhöhung der Aufwandsentschädigungen zu. Die Sitzungsgelder für den Wohnungs- und Sozialausschuss, für den Jugend- und Kulturausschuss sowie für den Umwelt- und Energieausschuss werden auf 70,00 € pro Sitzung erhöht. Zusätzlich wird eine monatliche pauschale Entschädigung von 100,00 € pro Gemeinderatsmitglied festgelegt. Diese Änderungen gelten ab dem 01.01.2015.

Die vorgelegte „Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts“, Stand 11.12.2014, wird beschlossen und tritt mit Wirkung vom 01.01.2015 in Kraft. Sie ist entsprechend amtlich bekanntzumachen.

Az.:0280  
1, 0, 2

#### **Seniorenbeirat Unterföhring:** **Vorlage einer Seniorenbeiratssatzung**

Mit Schreiben vom 24.09.2014 stellt der Seniorenbeirat Unterföhring, vertreten durch die Vorsitzende Frau Edith Michal, folgenden Antrag:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 17.11.2011 beschlossen, einen Seniorenbeirat für die Gemeinde zu bilden. Die Verwaltung wurde damit beauftragt, eine entsprechende Satzung auszuarbeiten. Nach Vorberatung im Wohnungs- und Sozialausschuss wurden dann Richtlinien für den Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring beschlossen, die am 1. Mai 2014 in Kraft getreten sind.

Fristgerecht wurde der Seniorenbeirat am 23.07.2014 konstituiert. Der Erste Bürgermeister erläuterte den Anwesenden in der ersten Sitzung des Seniorenbeirats den aktuellen Sachstand und stellte klar, dass diese Richtlinie nicht in Stein gemeißelt ist und angepasst werden könne. Sollte der Seniorenbeirat Änderungen für zweckmäßig oder auch eine neue Satzung als künftiges Grundlagenpapier erachten, ist dies dem Gemeinderat zur Behandlung vorzulegen.

Der Seniorenbeirat hat am 23.07.2014 einstimmig beschlossen, dass die Richtlinien der Gemeinde für den Seniorenbeirat in eine Satzung umgewandelt werden sollen. Der beiliegende Satzungsentwurf auf Grundlage

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

der Richtlinien der Gemeinde wird hiermit dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Gemeinderat hat den vorliegenden Entwurf bereits in seiner Sitzung am 09.10.2014, Nr. 85, beschlossen. Hierbei wurde das Gemeinderatsmitglied Frau Michal als Vorsitzende des Seniorenbeirats gem. Art. 49 GO von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen. Die Verwaltung hat auf Hinweis des Gemeinderatsmitglieds Frau Michal den Ausschluss bei der Rechtsaufsicht prüfen lassen. Das Landratsamt München teilte daraufhin mit, dass dieser Ausschluss im Ergebnis fälschlicher Weise erfolgt sei.

Die Bewertung der persönlichen Beteiligung hätte in diesem Falle nicht funktionsbezogen erfolgen dürfen, d.h. die Vertretungsfunktion der 1. Vorsitzenden sei nicht entscheidend. Vielmehr stellt das Landratsamt München den Seniorenbeirat einem gemeindlichen Gremium gleich. Aufgrund dieser Bewertung sei es unerheblich, dass ein Gemeinderatsmitglied den Seniorenbeirat vertritt. Gleichmaßen sei es in der Folge nicht von Bedeutung, dass in der zu beschließenden Satzung die Gewährung sowie Festsetzung von Entschädigungsbeträgen geregelt werden.

Da der Ausschluss des Gemeinderatsmitglieds Frau Michal unrechtmäßig erfolgt ist lag für diesen Tagesordnungspunkt der Sitzung vom 09.10.2014 ein Ladungsmangel vor.

Somit ist der damals einstimmig erfolgte Beschluss unwirksam und ist zur Heilung des formalen Mangels zu wiederholen.

Die Verwaltung legt den Antrag sowie den Satzungsentwurf entsprechend des Gemeinderatsbeschlusses vom 13.11.2014, Nr. 102, erneut zur Beschlussfassung vor.

127      24      Beschluss: 24 : 0

Dem Antrag des Seniorenbeirates, die Richtlinien der Gemeinde für den Seniorenbeirat in eine Satzung umzuwandeln wird zugestimmt zugestimmt. Der vorgelegte Satzungsentwurf wird hiermit beschlossen. Die bisher geltenden Richtlinien für den Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring nach in Krafttreten der Satzung durch diese ersetzt.

Az.: 4172  
1, 0

### **Antrag der PWU Fraktion auf Einrichtung von WLAN Hotspots, Sachstand des Prüfungsauftrags und weiteres Vorgehen**

Der Bürgermeister gibt den Antrag der PWU-Fraktion vom 06.08.2014 zur Einrichtung von WLAN Hotspots in Unterföhring bekannt. Dieser Antrag wurde dem Gremium zugestellt. In diesem Zusammenhang erinnert der Erste Bürgermeister auf den Gemeinderatsbeschluss vom 18.09.2014, Nr. 74, in dem die Verwaltung beauftragt wurde die technischen, sicherheitsrelevanten, infrastrukturellen, organisatorischen, personellen, (haftungs-)rechtlichen,

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

finanziellen sowie gesundheitlichen Bedingungen zur Errichtung eines freien WLAN-Netzes (evtl. zeitlich beschränkten Zugangs) an ausgewählten Standorten zu ermitteln. Im Rahmen der Umsetzungsprüfung sollte u.a. auf aktuelle Erfahrungen von Kommunen zurückgegriffen werden, die bereits diesen Weg gegangen sind, um für Unterföhring die bestmögliche Lösung erarbeiten zu können. Darüber hinaus sollen zertifizierte technische Dienstleister identifiziert werden, die bereits über Erfahrungen im Aufbau von WLAN-Netzen auf kommunaler Ebene verfügen. Des Weiteren sollte geprüft werden, welche Förderungsmöglichkeiten des bayerischen Wirtschaftsministeriums im Rahmen des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen verfügbar sind.

Im Rahmen dieser Beschlussfassung konnten die Themen wie folgt ermittelt werden:

#### Zertifizierte technische Dienstleister:

- Kabel Deutschland, Unterföhring, Beta-Straße  
Kabelanschluss muss vorhanden sein.  
Dieser muss an einem Gebäude der Gemeinde installiert werden.  
Netto-Kosten monatlich für 100 Mbit Leitung 29,90 € (Hot-Spot Business) oder 39,90 € (Hot-Spot Business premium)
- KMS (KABEL & MEDIEN SERVICE), Unterföhring, Dieselstraße
- HOTSPLOTS, Berlin  
Kosten für Installation und Inbetriebnahme für einen Hotspot ca. 1000 - 1500€. Hinzu kommen die monatlichen Kosten für Anschluss und Bereitstellung ca. 50 - 100 €.

#### Erfahrungsberichte aus anderen Kommunen/Städten:

Unterföhring: ein Hot-Spot der Firma HOTSPLOTS, Berlin, in der Bibliothek im Bürgerhaus

Oberschleißheim: es ist geplant einen Hotspot einzurichten; ein konkretes Realisierungsdatum steht nicht fest

Unterschleißheim: es ist geplant auf dem Rathausplatz einen Hotspot zu installieren

Eching: ein privater Hotspot in einem öffentlichen Gebäude, Haftungsrecht liegt bei der Betreiber-Firma

Grünwald: der Verwaltung liegt derzeit ein entsprechender Antrag vor  
Neufahrn: es ist kein Hotspot im Einsatz und es bestehen keine Absichten einen zu errichten.

Garching: Firma HOTSPLOTS, Berlin:  
insgesamt 29 Hotspots in Bürgerhaus, Rathaus und Bücherei

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Stadt Garching hatte keine Angaben zu einer Förderung. Durch die Stadt wurden alle Kosten selbst getragen.

Feldkirchen: es ist kein Hotspot im Einsatz und es bestehen keine Absichten einen zu errichten.

Pullach: der Verwaltung liegt derzeit ein entsprechender Antrag vor, dem zur Beschlussfassung dem Gremium vorgelegt wurde.

München: aktuell gibt es an vier Standorten (Stachus, Marienplatz, Odeonsplatz, Sendlinger Tor) jeweils ca. vier Hotspots. Die Planung sieht vor bis Ende 2014 noch zehn weitere Standorte, danach bis Mitte 2015 weitere 10 Standorte mit WLAN zu versorgen. Aktuell haben sie ca. 800 Nutzer pro Tag an den vier Standorten. Als Dienstleister fungieren die Stadtwerke München, die Auftraggeberschaft liegt gemäß Beschluss des Stadtrats bei der Verwaltung.

#### Gesundheitsaspekt:

Quelle: <http://www.umweltinstitut.org/themen/mobilfunkstrahlung/wlan-bundesregierung-warnt.html>

Bayerischer Landtag appelliert: Schulen sollen auf Kabelnetzwerke zurückgreifen

„Nach einer Empfehlung des Bayerischen Landtags vom 22. März 2007 sollen Schulen auf drahtlose Internet-Netzwerke (WLAN) verzichten. Das ist das Ergebnis einer Anhörung vom vergangenen Dezember, an der auch das Umweltinstitut München beteiligt war. Der Bildungsausschuss des Landtags appelliert an Schulen, auf kabelgebundene Netzwerke zurückzugreifen. Dadurch sollen mögliche, durch Strahlung bedingte Gesundheitsgefahren ausgeschlossen werden, so die Begründung. Neben der Vernetzung von Computern dient WLAN als schnurloser Internet-Zugang für den PC daheim oder etwa in Hotels.

In der Antwort auf eine Anfrage der Grünen vom 23.07.2007 empfiehlt die Bundesregierung die Vermeidung von WLAN: „Die Bundesregierung empfiehlt allgemein, die persönliche Strahlenexposition durch hochfrequente elektromagnetische Felder so gering wie möglich zu halten, d. h. herkömmliche Kabelverbindungen zu bevorzugen, wenn auf den Einsatz von funkgestützten Lösungen verzichtet werden kann.“ Quelle:

Bundestagsdrucksache 16/6117 Auch die Europäische Umweltagentur (EEA) warnt nach der Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Berichts am 17. September 2007 ein-dringlich vor den Gefahren hochfrequenter Strahlung, wie sie beispielsweise durch WLAN-Netzwerke oder Mobilfunk ausgesendet wird: „Die aktuelle Forschung und die Analyse der Langzeiteffekte der Strahlung von mobiler Tele-kommunikation zeigen, dass es umsichtig von den Gesundheitsbehörden wäre, Maßnahmen zu treffen, um vor allem empfindliche Gruppen wie Kinder der Strahlung weniger stark auszusetzen“, sagt Jacqueline McGlade, geschäftsführende Direktorin der Europäischen Umweltagentur.“

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

In der Antwort auf eine Anfrage der Grünen vom 23.07.2007 empfiehlt die Bundesregierung die Vermeidung von WLAN: „Die Bundesregierung empfiehlt allgemein, die persönliche Strahlenexposition durch hochfrequente elektromagnetische Felder so gering wie möglich zu halten, d. h. herkömmliche Kabelverbindungen zu bevorzugen, wenn auf den Einsatz von funkgestützten Lösungen verzichtet werden kann.“ Quelle: Bundestagsdrucksache 16/6117 Auch die Europäische Umweltagentur (EEA) warnt nach der Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Berichts am 17. September 2007 eindringlich vor den Gefahren hochfrequenter Strahlung, wie sie beispielsweise durch W-LAN-Netzwerke oder Mobilfunk ausgesendet wird: „Die aktuelle Forschung und die Analyse der Langzeiteffekte der Strahlung von mobiler Telekommunikation zeigen, dass es umsichtig von den Gesundheitsbehörden wäre, Maßnahmen zu treffen, um vor allem empfindliche Gruppen wie Kinder der Strahlung weniger stark auszusetzen“, sagt Jacqueline McGlade, geschäftsführende Direktorin der Europäischen Umweltagentur.“

#### Förderung:

Die Verwaltung hat mit Email vom 17.11.2014 eine entsprechende Anfrage an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gestellt.

Mit Email vom 21.11.2014 wurde durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Herrn Ministerialrat Schirm, folgendes mitgeteilt, dass der Freistaat Bayern den Breitbandausbau in Gemeinden mit einem speziellen Breitbandförderprogramm fördert. Über ein spezielles Programm zur Förderung von freien WLAN-Hotspots verfügt das Bayerische Wirtschaftsministerium nicht.

Folgende Standorte kämen in die engere Wahl

- S-Bahnhof Unterföhring
- Bürgerhaus Unterföhring (es steht bereits ein Hotspot von Kabel-Deutschland in direkter Umgebung)
- Rathaus Unterföhring
- FEZI
- Sportpark Jahnstraße
- Feringahaus
- Im zukünftigen neuen Ortskern
- Im zukünftigen neuen Sportgelände

Auf Grund der Informationen, die durch die Verwaltung zusammengetragen wurden, hat der Gemeinderat zu entscheiden, ob und wo Hotspots zu errichten sind. Die Kosten für die jeweilige Installation sind durch die Verwaltung zu ermitteln. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind für 2015 bereitzustellen.

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
            send

### Vortrag - Beschluss

---

128      24      Beschluss: 15 : 9

Der Gemeinderat spricht sich für folgende Vorgehensweise aus:

An folgenden Standorten ist ein Hot-Spot seitens der Gemeinde aufzustellen:

- S-Bahnhof Unterföhring
- Rathaus Unterföhring
- FEZI
- Sportpark Jahnstraße
- Feringahaus
- im zukünftigen neuen Ortskern (UFO)
- im zukünftigen neuen Sportgelände (Sportpark südlich der Mitterfeldallee)

Es ist mit einem zertifizierten technischen Dienstleister die entsprechenden Anschlussverträge abzuschließen (Ausschreibung ist durchzuführen) sowie die notwendige Installation von Hot-Spots an den Standorten durchzuführen. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind ab 2015 zu berücksichtigen und werden hiermit genehmigt.

Az: 610

3, 0;1;2

#### **Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Heizkraftwerkes Unterföhring**

Am 16.11.2014 erhielt die Gemeinde folgenden Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Im Interesse des Klimaschutzes unserer Region fordert der Gemeinderat und die Verwaltung der Gemeinde Unterföhring von den Stadtwerken München (SWM) eine baldige, nachhaltige Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Heizkraftwerkes Nord in Unterföhring, z.B. durch Umstellung des Kohlebetriebes auf Erdgas. Sie erwartet mit dieser Resolution, die auch an den Aufsichtsratsvorsitzenden der SWM und Oberbürgermeister der Stadt München, Herrn Dieter Reiter, gerichtet ist, dass die Landeshauptstadt München sich aktiv einbringt bei der Umsetzung eines möglichst CO<sub>2</sub>-armen Heizkraftwerkbetriebes.

Gemeinderat und Verwaltung Unterföhrings stellen sich damit voll hinter die Initiative von Bürgern, die seit längerem - zuletzt im örtlichen Klimaschutzprojekt – die Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses des HKW Nord fordern. Herr Wolfgang Stubenrauch hat dieser Forderungen in einem Brief vom 11. November 2014 an Herrn OB Dieter Reiter und Herrn Dr. Florian Bieberbach, vors. Geschäftsführer der SWM, Ausdruck gegeben, der auch in



## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

den Medien publiziert wurde (siehe z.B. SZ vom 13.11.2014).

Begründung:

Das Heizkraftwerk Nord in Unterföhring stößt mehr Kohlendioxid aus als der gesamte Verkehr am Mittleren Ring in München. Denn dort werden neben dem Müll auch bis zu 800.000 Tonnen Steinkohle aus Übersee verbrannt, was nach eigenen Angaben der SWM fast 2,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> – Ausstoß bedeutet. Ein echter Klimakiller also.

Die Landeshauptstadt München und die SWM investieren lobenswerterweise Milliarden Euro in überregionale und ausländische Windparks und Solaranlagen. München ist europaweit Vorreiter und Vorzeigestadt auf dem Sektor Klimaschutz und erneuerbaren Energien und will es mit diesem Mitteleinsatz auch bleiben. Umso mehr verwundert deshalb, dass die Stadt und ihre Stadtwerke beharrlich an der lokalen Kohleverstromung im Unterföhringer HKW Nord festhalten. Dabei wäre eine Umstellung des dortigen Kohlebetriebes auf Erdgas (wie im SWM eigenen HKW Süd bereits 2006 geschehen) ein lohnendes, lokales Projekt, das den CO<sub>2</sub>-Schadausstoß fast halbieren könnte und damit dem lokalen Klima in unserer Region unmittelbar zugutekäme.

Der Antrag wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt.

129      24      Beschluss: 24 : 0

Im Interesse des Klimaschutzes unserer Region fordern der Gemeinderat und die Verwaltung der Gemeinde Unterföhring von den Stadtwerken München (SWM) eine baldige, nachhaltige Reduzierung der CO<sub>2</sub> -Emissionen des Heizkraftwerkes Nord in Unterföhring, z.B. durch Umstellung des Kohlebetriebes auf Erdgas. Sie erwartet mit dieser Forderung, die auch an den Aufsichtsratsvorsitzenden der SWM und Oberbürgermeister der Stadt München, Herrn Dieter Reiter, gerichtet ist, dass die Landeshauptstadt München sich aktiv einbringt bei der Umsetzung eines möglichst CO<sub>2</sub>-armen Heizkraftwerkbetriebes. Gemeinderat und Verwaltung der Gemeinde Unterföhring stellen sich damit voll hinter die Initiative von Bürgern, die seit längerem - zuletzt im örtlichen Klimaschutzprojekt – die Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses des HKW Nord fordern.

Az.: 8641

3



## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

#### Jahresrechnung 2013

#### a) Feststellung der Jahresrechnung 2013 und Entlastung gem. Art. 102

##### Abs. 3 GO

#### b) Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2013

#### c) Bericht über Beteiligungen 2013

#### a) Feststellung der Jahresrechnung 2013 und Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt die Zweite Bürgermeisterin, Frau Betina Mäusel, den Vorsitz, da der Erste Bürgermeister mitteilt, dass er bei diesem Tagesordnungspunkt nicht teilnehmen werde.

Die Bürgermeisterin bringt den Beschluss vom 18.09.2014, Nr. G74, in Erinnerung, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2013 zur Prüfung verwies.

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im August 2014 per Amtsboten die Jahresrechnung 2013 zugestellt wurde.

Das Gemeinderatsmitglied, Frau Jutta Schödl, gibt als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses den Prüfungsbericht mit den Anregungen und Feststellungen in der Aktenvormerkung vom 30.10.2014 bekannt. Auf den Erledigungsbericht der Verwaltung wird hingewiesen.

Die Jahresrechnung 2013 kann auf Grund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt werden. Auf Grund des Artikels 102 Abs. 3 GO erfolgt die Entlastung des Bürgermeisters nach der örtlichen Prüfung.

Der Soll-Abschluss für das Haushaltsjahr 2013 wird bekannt gegeben.

#### Feststellung der Jahresrechnung 2013:

130 23 Beschluss: 23 : 0

Der Rechnungsabschluss (Soll-Abschluss) wird vom Gemeinderat anerkannt und die Jahresrechnung 2013 wird gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt auf:

	Verwaltungshaushalt €	Vermögenshaushalt €	Gesamthaushalt €
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	175.781.210,48	210.097.519,34	385.878.729,82
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	175.781.210,48	210.097.519,34	385.878.729,82

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die gesamten Kasseneinnahmereste betragen 60.455,44 €

Die gesamten Kassenausgabereste betragen 0,00 €

Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1  
KommHV  
(Forderungen) ist am 31.12.2013 56.198.018,76 €

und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV  
(Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung) 12.893.315,02 €

Die Schulden betrugen am 31.12.2013 0,00 €

und die Rücklagen nach dem Soll-Abschluss 287.310.654,50 €

Der Gemeinderat beschließt gem. Art. 102 Abs. 3 GO die Entlastung für  
2013.

Der Erste Bürgermeister hat sich an dieser Abstimmung nicht beteiligt.

Der Erste Bürgermeister übernimmt nach der Beschlussfassung wieder den  
Vorsitz.

#### b) Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2013

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im August  
2014 mit der Jahresrechnung 2013 die Aufstellung der über- und  
außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2013 zugestellt wurde.

Die Zusammenstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 2013 notwendig  
gewordenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird bekannt gegeben.

131 22 Beschluss: 22 : 0

Die im Laufe des Rechnungsjahres 2013 erfolgten und noch nicht vom  
Gemeinderat beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden  
genehmigt; deren Notwendigkeit wird anerkannt.

Die Mitglieder des Gemeinderates Herr Guist und Herr Axenbeck haben den  
Raum verlassen und an der Beratung und Beschlussfassung nicht  
teilgenommen.

#### c) Bericht über Beteiligungen 2013

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im August  
2014 in der Jahresrechnung 2013 ein Beteiligungsbericht 2013 zugestellt  
wurde.

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

132      24      Beschluss: 24 : 0

Die Verwaltung weist darauf hin, dass Interessierten die Einsichtnahme in den Bericht zu ermöglichen ist.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht über Beteiligungen 2013 zustimmend zur Kenntnis.

Die Öffentlichkeit ist auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in ortsüblicher Weise aufmerksam zu machen.

Az.: 963  
2.1; 2.2; 0.1

#### **Rahmenplanung Unterföhringer Ortsmitte (UFO), ehemaliges BAHOG-Gelände; Vorstellung des Zeitablaufs zur geplanten Öffentlichkeitsinformation und Sachstand**

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 08.11.2012, Nr. 864, in Erinnerung, in dem u.a. der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München e.V. (PV), mit der weiteren Vorbereitung (u.a. künftiges Raumprogramm, Auslobung für den Wettbewerb, Kostenschätzung) beauftragt wurde. Ebenso wird auf den den Gemeinderatsbeschluss vom 13.11.2014, Nr.114, hingewiesen, in dem der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) beauftragt wurde, alle notwendigen Schritte und Maßnahmen zeitnah vorzubereiten, die zur Durchführung des Wettbewerbes (Auslobungstext, Jurybesetzung etc.) erforderlich sind. Dem Gemeinderat sind eine Terminschiene sowie ein Ablaufplan mit allen Eckpunkten bis zur Dezembersitzung 2014 vorzulegen.

Der erstellte Ablaufplan mit allen Eckpunkten des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München (PV), Stand 04.12.2014 wurde dem Gremium zugestellt.

Seitens des PV wird nun ein „Begrenzt offener Ideen- und Realisierungswettbewerb im Rahmen eines VOF-Verfahrens (europaweite Ausschreibung)“

Vorgeschlagen, da dadurch auch ein zügigeres Wettbewerbsverfahren möglich ist. Aus diesem Grund sind die Gemeinderatsbeschlüsse vom 08.11.2012, Nr. 864, und vom 13.11.2014, Nr.114, diesbezüglich aufzuheben.

Der Ablauf dieses Wettbewerbs läuft nach einem genau festgelegten Schema wie folgt ab:

#### 1. Stufe:

Die Ausschreibung des Wettbewerbs mit den erforderlichen Anforderungen an die Bewerber wird europaweit im EU-Amtsblatt bekannt gemacht. Interessenten können sich bewerben.

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Bewerbergemeinschaft muss die die Fachbereiche Architektur, Städtebau und Landschaftsplanung abdecken. Hieraufhin erfolgt eine Auswahl geeigneter Teilnehmer anhand von diversen Kriterien wie z.B. Erfahrung, Leistungsfähigkeit und Referenzen.

#### 2.Stufe:

Die Teilnehmer erhalten nun alle erforderlichen Unterlagen und den Auslobungstext. Als Zeitraum für eine Bearbeitung werden ca. 6- 8 Wochen angesetzt. Nach dem Bearbeitungszeitraum beurteilt ein Preisgericht, die eingereichten Arbeiten und legt eine Rangfolge fest.

#### 3.Stufe:

In der 3. Stufe werden nun die Preisträger zur Angebotsabgabe aufgefordert. Es findet ein Präsentationstermin statt, an dem sich die Bewerbergemeinschaft persönlich vorstellen und ihr Honorarangebot erläutern kann. Auswahl des „Besten“ für die Beauftragung. Die Richtlinien für Planungswettbewerbe, RPW 2013, wurden vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, BMVBS, als Novellierung der RPW 2008, in der Fassung vom 31.01.2013 herausgegeben.

Mit Erlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vom 31.01.2013 sowie der Bekanntmachung vom 01.10.2013 der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern sind die „Richtlinien für Planungswettbewerbe - RPW 2013“ in der Fassung vom 31.01.2013 verpflichtend für alle staatlichen Baumaßnahmen in Bayern eingeführt worden.

Der Bürgermeister teilt dem Gremium mit, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung am 20.01.2015 durchgeführt wird.

133      24      Beschluss: 24:0

Die vom PV vorgelegte Terminschiene sowie ein Ablaufplan mit allen Eckpunkten, Stand 03.12.2014, werden zur Kenntnis genommen.

Es ist ein „Begrenzt offener Ideen- und Realisierungswettbewerb im Rahmen eines VOF-Verfahrens (europaweite Ausschreibung)“ durchzuführen. Die Gemeinderatsbeschlüsse vom 08.11.2012, Nr. 864, und vom 13.11.2014, Nr. 114, werden bezüglich der Wettbewerbsart aufgehoben. Ansonsten bleibt diese Beschlusslage aufrecht erhalten.

Der Gemeinderat bringt noch einmal deutlich zum Ausdruck, dass eine kurzfristige Realisierung des VHS-Gebäudes erwartet wird.

Az.: 6010  
3.1; 3.4

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Schülerweiterung Grundschule Unterföhring; Festlegungen in den Außenanlagen u.a. Kletterwand, Sitzmobiliar**

**(Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)**

Der Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates seit 14.10.2010, Nr. 512, und des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses seit 28.09.2010, Nr. 302, in Erinnerung.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.06.2012, Nr. 535, stimmte das Gremium dem vorgelegten Entwurf des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, Stand 21.06.2012 zu. Die Ausführung einer Kletterwand (außen oder innen) ist in der weiteren Planung zu prüfen.

Nach Stellungnahmen der Architekten zum Prüfauftrag mit Mail vom 03.07.2012, der Schulleitung mit Mail vom 16.07.2012 sowie Stellungnahme des Gemeindeunfallversicherungsverbandes hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 26.07.2012 mit Beschluss Nr. 815 das planende Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern beauftragt, die Errichtung einer freistehenden Kletterwand in den Außenspielflächen an geeigneter Stelle zu untersuchen.

Durch da planende Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, wird aus Synergieeffekten die Errichtung einer Outdoor-Kletterwand an der Nordgrenze hinter der Sprunggrube vorgeschlagen. Hierdurch kann die für den Schulsport bereits errichtete Sprunggrube als Fallschutz verwendet werden. Zur Umsetzung wurde im Vorfeld Kontakt mit einem Hersteller, der Firma On Top Klettern Ges. für Freizeitsport GmbH, 50389 Wessling, aufgenommen und ein Kostenangebot eingeholt.

Das Kostenangebot der Firma On Top Klettern GmbH, Wessling, vom 18.07.2014, beinhaltet eine Outdoor Boulderanlage mit den Maßen Breite 1,24 m + 4,96 m + 1,24 x Höhe 2,48 m zzgl. Dach und einer Gesamtkletterfläche von 18 m<sup>2</sup> zu einem Angebotspreis von 12.268,00 € brutto.

Der Gestaltungsentwurf der Firma On Top Klettern GmbH, Wessling, vom 18.07.2014 wurde dem Gremium zugestellt.

Weiter werden neben den Sitzelementen der Spielanlageneinfassung und dem grünen Klassenzimmer weitere Sitzmöglichkeiten als Betonwerksteinbänke Model Liege 300 der Firma tradesign GbR, 28790 Schwanewede, vorgeschlagen. Das Angebot der Firma Tradesign GbR vom 17.10.2014 für drei Betonwerksteinbänke Sichtbeton hellgrau glatt, SB 4 nach Merkblatt, und Holzauflege Douglasie geölt, Unterkonstruktion und Befestigung aus Edelstahl, schließt mit einer Angebotssumme von 7.522,13 Euro brutto.

Der Katalogauszug zu Lige 300 der Firma tradesign GbR, Schwanewede, sowie zwei Lageplanauszüge mit den Standortvorschlägen des planenden Architekturbüros Bayer & Strobel vom 18.11.2014 wurde dem Gremium zugestellt.

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Durch die Schulleitung, Frau Hillen, wurde am 03.12.2014 mitgeteilt, dass die Kletterwand aus haftungsrechtlichen Gründen mangels Aufsichtspersonal grundsätzlich nicht für den schulischen Bereich verwendet wird. Die Benutzung ist während der Schulzeiten durch entsprechende Absperrvorrichtungen (z.B. Kette) zu verwehren. Sofern die Kletterwand durch den Hort Verwendung findet, kann die Absperrung durch das Aufsichtspersonal für den freigegebenen Zeitraum entfernt werden. Der Aufstellung weiterer Sitzbänke wird grundsätzlich zugestimmt. Mit Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.11.2014, Nr. 90, wurde dem Gemeinderat empfohlen, dem Gestaltungsvorschlag des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, zur Errichtung einer Outdoor-Boulderwand gemäß Kostenangebot der Firma On Top Klettern GmbH vom 18.07.2014 zu einem Angebotspreis von 12.268,90 Euro brutto an der Nordgrenze der Außenanlagen, hinter der Sprunggrube, zuzustimmen. Die zusätzlichen Kosten sind unter der Haushaltsstelle 2110.9420 zu verbuchen.

Der Errichtung von drei *Betonwerksteinbänken* gemäß Vorschlag des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, und Angebot der Firma tradesign GbR, Schwanewede, vom 17.10.2014 zu einem Angebotspreis von 7.522,13 Euro brutto wird zugestimmt.

Aus dem Gremium wird angeregt, mit der Schulleitung und dem Elternbeirat gemeinsam die künftige Nutzung abschließend zu besprechen.

134      24      Beschluss: 23 : 1

Dem Gestaltungsvorschlag des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, zur Errichtung einer Outdoor-Boulderwand gemäß Kostenangebot der Firma On Top Klettern GmbH vom 18.07.2014 zu einem Angebotspreis von 12.268,90 Euro brutto an der Nordgrenze der Außenanlagen, hinter der Sprunggrube, wird zugestimmt. Die zusätzlichen Kosten sind unter der Haushaltsstelle 2110.9420 zu verbuchen.

Der Errichtung von drei Betonwerksteinbänken gemäß Vorschlag des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, und Angebot der Firma tradesign GbR, Schwanewede, vom 17.10.2014 zu einem Angebotspreis von 7.522,13 Euro brutto wird zugestimmt.

Die Kosten der Sitzbänke sind innerhalb der Zuständigkeit des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, zu kompensieren.

Az.: 621  
3, 1

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Künftige Nutzung für das Erdgeschoss im ehemaligen Gockl an der Münchner Straße 73; Vorstellung der Ergebnisse aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und weiteres Vorgehen**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.10.2014, Nr. G94, in Erinnerung. Der Gemeinderat hat die Verwaltung beauftragt neue Nutzungsvorschläge dem Gremium in 2014 vorzulegen.

Die Verwaltung hat daraufhin mittels öffentlichen Aufruf in den Ortsnachrichten sowie an den örtlichen Bekanntmachungstafel und auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring die Bürgerinnen und Bürger sowie Interessierte aufgerufen, Vorschläge und Wünsche, wie das Erdgeschoss der ehemaligen Räumlichkeiten der Gaststätte „Gockl“ genutzt werden können, veröffentlicht.

Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist am 24.11.2014 sind insgesamt 51 Anregungen, Wünsche, Hinweise und Vorschläge in der Verwaltung eingegangen.

Die Auflistung der eingereichten Anregungen, Stand 28.11.2014, wurde den Gemeinderatsmitgliedern weitergeleitet. Da es sich um personenbezogene Daten handelt, wurde die Auflistung als „vertraulich“ gekennzeichnet.

Den Anregungen waren teilweise zahlreiche Unterschriftenlisten beigelegt. Seitens der Verwaltung wurden diese Anregungen einzeln gewertet nicht in Zusammenhang mit einer Unterschriftenliste oder dem Facebook-Klick. Alle weiteren Unterstützungsvorschläge wurden als eigene Anregung gewertet.

Die Vorschläge aus der Bevölkerung für die künftige Nutzung der ehemaligen Gaststätte „Gockl“ teilen sich in folgende Schwerpunkte auf:

1. Gastronomische Nutzung:  
von bayerisch traditionelle bis zum italienischen Bistro bzw. Restaurant, einem Eltern- und Familienkaffee
2. Familienbegegnungsstätte, Arztpraxen, Einzelhandel (Blumen-Deko-Geschenke), Nahversorger (z.B. auch Biomarkt)
3. Tagespflege für Senioren
4. Indoor-Spielplatz für Kinder bis 3 Jahren
5. Mietwohnungen

Aus der Bürgerschaft kam auch eine Ablehnung über eine mögliche Gastronomienutzung, da eine weitere Gaststätte an der Münchener Straße für die übrigen Gaststätten einen Umsatzeinbruch mit sich bringen würde.

Grundsätzlich ist bei der künftigen Nutzung darauf zu achten, dass ausreichend Stellplätze für eine Gastronomienutzung und gleichzeitig eine Wohnraumnutzung vorhanden sind. Das seitens der Verwaltung beauftragt Bestandsgutachten wurde aufgrund der Anregungen bereits auf eine Mischnutzung Gastronomie/Mietwohnungen – erhöhte Anforderungen an Schallschutz – hingewiesen.



## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die unterschiedlichen Vorschläge und Ideen zur künftigen Nutzung des Erdgeschosses im ehemaligen „Gockl“ werden im Gremium ausführlich diskutiert.

135      24      Beschluss: 16 : 8

Unter Berücksichtigung der eingereichten Stellungnahmen, Anregungen, Wünsche und Vorschläge, die überwiegend eine „Gastronomie“ in der ehemaligen Gaststätte „Gockl“ präferieren, spricht sich der Gemeinderat für eine gastronomische Nutzung im Erdgeschoss als künftige Nutzung des gemeindlichen Objekts an der Münchner Straße 73 aus.

Die Verwaltung wird beauftragt die entsprechenden Vorplanungen und Kostenschätzungen für eine Realisierung unter Einbeziehung der beschlossenen Nutzung gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 09.10.2014, Nr. G92, dem Gremium vorzulegen.

Az.: 612/2  
3.4; 3.1, 2

#### **Einheimischen Modell; Mietwohnungen am Germanenweg; Festlegung zu den KFZ-Stellplätzen, Carport und Gartenanteil-Nutzung**

Der Erste Bürgermeister bringt die Empfehlungsbeschluss des Wohnungs- und Sozialausschuss vom 30.09.2014, Nr. G17, und vom 05.11.2014, Nr. 27, sowie den Gemeinderatsbeschluss vom 13.11.2014 in Erinnerung.

In der letzten Beschlussfassung durch den Gemeinderat wurden neben den Eckpunkten für das Ausschreibungsverfahren auch die mietvertraglichen Gestaltungspunkte wie z.B. Mietpreisfestsetzung, Nebenkosten und Mietpreis für Tiefgaragenstellplätze beschlossen.

Im Rahmen der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen wurde ersichtlich, dass ergänzend noch eine Mietpreisfestsetzung für die oberirdischen KFZ-Stellplätze und Carports durch das Gremium festzulegen ist. Das Ausgabe-Exposé enthält einen entsprechenden Hinweis darüber, dass der Gemeinderat hierzu noch eine Entscheidung treffen muss.

Aufgrund der vorliegenden Freiflächengestaltung ist ebenfalls festzulegen, inwieweit die Gartennutzung für die Erdgeschosswohnungen kostenpflichtig wird. In der Häuserzeile 10 - Germanenweg 6-8 befinden sich sechs Erdgeschosswohnungen und in der Häuserzeile 15 – Germanenweg 10 -12 befinden sich fünf Erdgeschosswohnungen.

Der aktuelle Mietpreise der Baugesellschaft München Land beträgt für einen Carport 18,-- € und für einen oberirdischen Stellplatz 8,-- € monatlich.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen den Mietpreis für Carports auf 20,-- € und für oberirdische Stellplätze 10,-- € monatlich zu erheben. In

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

diesem Zusammenhang verweist die Verwaltung auf die Beschlussfassung des Gemeinderates vom 05.06.2003, Nr. G 164, über die Nutzungsgebühren für Wohnwagenstellplätze an der Föhringer Allee. Hierin wurde ein Nutzungsentgelt von 10,00 €/mtl. für einen oberirdischen Stellplatz festgesetzt.

Im Hinblick auf die Gartennutzung gibt es durch die Baugesellschaft München Land keine Erfahrungswerte. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Gartennutzung soweit kostenfrei zu stellen und damit den jeweiligen Mieter einer Erdgeschosswohnung zur Unterhaltung und Pflege vertraglich zu verpflichten.

Es wird zudem im Laufe der Diskussion festgestellt, dass die Art der Bepflanzung nicht gesondert sondern bereits durch den bestehenden Bebauungsplan grundsätzlich vergeben ist.

Des Weiteren wurden an die Verwaltung Anfragen hinsichtlich der Haustierhaltung herangetragen. Nach geltender Rechtsprechung ist die Kleintierhaltung grundsätzlich erlaubt. Erlaubt der Mietvertrag pauschal die Tierhaltung, sind auch normale und sozial verträgliche Hunde erlaubt. Auf das Urteil des BGH v. 20.3.2013 (VIII ZR 168/12) wird hingewiesen. Unabhängig davon, ob die Hundehaltung im Mietvertrag erlaubt oder verboten ist, müssen im Einzelfall die konkret betroffenen Belange und Interessen von Vermieter und Mieter, sowie der anderen Hausbewohner und Nachbarn umfassend gegeneinander abgewogen werden.

136      24      Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat stimmt folgenden mietvertraglichen Gestaltung zur Vermietung der Mietwohnungen am Germanenweg zu:

- monatlicher Mietzins für einen Carport 20,00 €/mtl.
- monatlicher Mietzins für einen oberirdischen KFZ-Stellplatz 10,00 €/mtl.
- Gartennutzung für die Erdgeschosswohnungen wird kostenfrei zur Verfügung gestellt. Für die Nutzung durch die jeweiligen Mieter wird dieser zur ordnungsgemäßen Pflege und Unterhaltungspflicht vertraglich verpflichtet.
- Grundsätzlich wird über die Kleintierhaltung auch die Hundehaltung erlaubt, sofern es sich um normale und sozial verträgliche Hunde handelt. Ungewöhnlich große oder aggressive Hunde sind hingegen ausgeschlossen. Kampftierhaltung wird grundsätzlich abgelehnt. Im Hinblick auf den Hausfrieden wird die Hundehaltung nur mit stets widerruflicher Einzelfallgenehmigung durch die Gemeinde Unterföhring genehmigt.

Az.: 612/2  
3.4; 3.1, 2

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Ortsnachrichten Unterföhring; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 09.10.2014, Nr. 95, in der ein ab 2015 kostenloses und farbiges Ortsnachrichtenblatt an alle Haushalte beschlossen wurde. Diese Leistung wurde mit 100.000 Euro brutto pro Jahr im Haushalt eingesetzt und wie beschlossen für die Dauer von drei Jahren ausgeschrieben.

Angesichts der deutlich höheren Angebote musste die Ausschreibung aufgehoben werden.

Der Primo-Verlag erklärte sich bereit, dass die bestehende Lösung mit dem Abonnement der Ortsnachrichten bis 30.06.2015 aufrecht erhalten wird. Alles läuft im ersten Halbjahr weiter wie bisher und dann würden die Abos automatisch enden.

Im Haushalt 2015 sind 100.000 Euro eingestellt, die für ein Ortsnachrichtenblatt ab 01.07.2015 ausreichend wären. Der Gemeinderat muss nun entscheiden, ob ein Ortsnachrichtenblatt mit einer geschätzten Gesamtsumme von ca. 600.000 Euro brutto für den Probezeitraum von drei Jahren neu ausgeschrieben wird.

Aus dem Gremium wird angeregt, zur Verbesserung der Übersicht die einzelnen Kostenprodukte wie z.B. Layout, Druck, Papier und Verteilung einzeln ausweisen zu lassen.

137      24      Beschluss: 16 : 8

Aufgrund der neuen Sachlage wird der Gemeinderatsbeschluss vom 09.10.2014, Nr. 95, aufgehoben.

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass ab 01.07.2015 ein farbiges, moderneres Ortsnachrichtenblatt an alle Unterföhringer Haushalte (ca. 6.100 Haushalte) kostenlos verteilt wird, zunächst für einen Probezeitraum bzw. Erprobungszeitraum von drei Jahren. Die darüber hinausgehenden Exemplare der geplanten Auflage (ca. 7000 Exemplare) sind an Gewerbebetriebe ebenfalls kostenlos zu verteilen. Das wöchentlich erscheinende Ortsnachrichtenblatt soll 16 Seiten umfassen, davon nicht mehr als 25 Prozent Werbung haben und an die jetzigen Ortsnachrichten angelehnt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Die Haushaltsmittel für den 3-jährigen Erprobungszeitraum werden i.H.v. ca. 600.000,00 € (brutto) zur Verfügung gestellt und sind ab dem Haushalt 2015 entsprechend einzuplanen.

Az.: 0402  
0, 2

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

#### **Antrag des Rugby Club Unterföhring auf befristete Nutzung einer Schulsporthalle**

Der Rugby Club Unterföhring beantragte bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode mündlich die vorübergehende Nutzung einer Sporthalle für die Wintermonate. Der damalige amtierende Bürgermeister, Herr Schwarz, sicherte dies dem Verein (namentlich Herrn Stephan Unfried, Herrn Frank Oettl, Herrn Florian Gebhard) im Beisein von Herrn Siebauer mündlich zu. Mit Email vom 05.11.2014 des Rugby Club Unterföhring wurde dieses Anliegen erneut aufgegriffen und mit einem Antragsschreiben vom 14.11.2014 bestätigt.

Das Antragsschreiben ist den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zugestellt worden.

Nach Angaben der Vorstandschaft des Rugby Club Unterföhring ist, wie auch beim Fußball Club Unterföhring, für den Rugby Club Unterföhring ein Training im Freien in den Wintermonaten nur sehr bedingt möglich. Im Sportzentrum an der Jahnstraße stehen derzeit keine sinnvoll nutzbaren Kapazitäten zur Verfügung.

Aus diesem Grund bittet der Rugby Club Unterföhring um die vorerst befristete Nutzung einer der Schulsporthallen an der Bahnhofstraße in den Zeiten von jeweils Dienstag und Donnerstag von 18.00 Uhr bis 20.30 Uhr. Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.02.2012 Nr. 731 in Erinnerung.

Bereits Mitte des Jahres 2014 wurde seitens der Verwaltung mit der Planung eines neuen Belegungskonzeptes für die Sporthallen an der Jahnstraße wie auch für die Schulsporthallen an der Bahnhofstraße begonnen. Aufgrund des vielfältigen und ständig wachsenden Angebots der Unterföhringer Vereine und Institutionen läuft zum aktuellen Zeitpunkt eine Abfrage der gewünschten Belegungszeiten (bis zum 15.01.2015).

Ein früherer Beginn war aufgrund der erst Mitte des Jahres 2014 feststehenden Einführung einer ersten Ganztagesklasse an der Grundschule Unterföhring nicht möglich.

Im ersten Quartal 2015 wird durch die Verwaltung sodann ein neuer Belegungsplan für das Sportzentrum an der Jahnstraße wie auch für die Schulsporthalle an der Bahnhofstraße entworfen und in Abstimmung mit den betroffenen Fachabteilungen sowie den Vereinen ausgearbeitet werden. Dieser Entwurf wird dem Gemeinderat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

138      24      Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Rugby Club Unterföhring auf Nutzung einer Schulsporthalle an der Bahnhofstraße jeweils Dienstag und Donnerstag in den Zeiten von 18.00 Uhr bis 20.30 Uhr bis auf Widerruf zu.

Az.: 5232  
4.1

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Bekanntgaben und Anfragen

##### Bekanntgaben:

- Anträge des TSV Unterföhring;  
Der Vorsitzende gibt bekannt, dass vom TSV Unterföhring zwei Anträge eingegangen sind. Hierbei handelt es sich um einen Antrag auf Erweiterung des Beach-Volleyballplatzes sowie um einen Antrag auf Erweiterung des Kraftraumes im Altbau des Sportzentrums. Diese Anträge werden in einer der nächsten Sitzungen als Tagesordnungspunkte behandelt.
- Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Gemeinde Unterföhring;  
Der Erste Bürgermeister unterrichtet das Gremium über den Zuwendungsbescheid der Projektträger Jülich – Forschungszentrum Jülich GmbH vom 03.12.2014 in Bezug auf die beratende Begleitung bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Gemeinde Unterföhring. Hier wird der Gemeinde Unterföhring als Projektförderung eine nicht rückzahlbare Zuwendung von 65,00 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 64.540 € (Anteilfinanzierung) bewilligt. Der Zuwendungsbescheid gilt für den Zeitraum vom 01.01.2015 – 31.12.2017.
- Der Vorsitzende gibt einen Ausblick auf die ersten Sitzungstermine des Gemeinderates im Jahr 2015. Die erste Sitzung des Gemeinderates im neuen Jahr findet am 15.01.2015 statt.

Nachdem keine Anfragen aus der Mitte des Gremiums gestellt werden schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung um 22:45 Uhr und bedankt sich bei den Zuhörern und den Mitgliedern des Gemeinderates und wünscht ein gesegnetes Weihnachtsfest und besinnliche Festtage sowie einen guten Start ins neue Jahr 2015.

---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister

---

Lothar Kipp  
Schriftführer

## 08. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

**Vortrag - Beschluss**

---